

Zwischen Angst und Hoffnung

Die Leipziger Montagsdemonstrationen

Mona Merz

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Entwicklung der Montagsdemonstrationen	4
2. Die Demonstranten	16
2.1 Die Rolle des Elternhauses	16
2.2 Persönlicher Einstieg	17
2.3 Das bewegendste Erlebnis	20
3. Revolution	21
3.1 Hatte man das Gefühl, man schreibt Geschichte?	21
4. Angst	22
5. Gewalt	23
5.1 Gab es Gewalt von staatlicher Seite?	23
5.2 Waren die Demonstranten immer friedlich?	23
5.3 Die Situation in Dresden	24
6. Die Ziele der Demonstranten	25
7. Aus heutiger Sicht	27
7.1 Würden Sie alles noch einmal genauso machen?	27
7.2 Sind Sie zufrieden mit dem Ausgang der Ereignisse? Der Wiedervereinigung? ..	28
Fazit	29

Einleitung

Ich interessiere mich schon immer sehr für Geschichte. Dabei finde ich es besonders wichtig, dass man sich mit der Geschichte seines eigenen Landes gut auskennt.

Dieses Jahr feiern wir die Wiedervereinigung zum 20. Mal.

Das war für mich Anlass nachzufragen und genauer hinzusehen.

Ich wollte wissen, wie es eigentlich dazu kam, dass wir heute wieder ein Volk sind.

Ich wollte wissen, wer damals die treibenden Kräfte waren – und ob sie denn heute eigentlich mit dem Ausgang der Ereignisse zufrieden sind.

So kam ich auf die Idee, über die Montagsdemonstrationen in der DDR zu schreiben.

Aus dem Geschichtsunterricht weiß ich, dass vor allem die Arbeit mit Quellen einen ganz genauen und besonders authentischen Blick auf die Vergangenheit ermöglicht.

Also habe ich mich dazu entschlossen, mit Zeitzeugen über die

Montagsdemonstrationen zu sprechen. Das direkte Gespräch gab mir die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die für mich persönlich wichtig waren. Ich konnte meine eigenen Schwerpunkte setzen.

Das Schönste an einem Gespräch mit jemandem, der selbst dabei war, ist aber vor allem, dass man nicht nur Informationen, sondern auch Emotionen „aus erster Hand“ bekommt.

Ich bin Herrn Uwe Schwabe und Frau Irmtraud Hollitzer aus Leipzig sehr dankbar, dass sie sich die Zeit für mich genommen und ihre Erlebnisse und Gefühle mit mir geteilt haben.

Herr Schwabe war zur Zeit der Montagsdemonstrationen Mitglied der „Initiativgruppe Leben“ und des Neuen Forums und arbeitet heute bei der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig“.

Frau Hollitzer war Mitglied im Vorstand der Thomaskirche in Leipzig und arbeitet heute im Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig an der Sasi-Hinterlassenschaft.

Um mit ihnen zu sprechen, bin ich Anfang des Jahres nach Leipzig gefahren.

Dort habe ich an einer Führung entlang der wichtigsten Stationen der Friedlichen Revolution teilgenommen, bin den Weg der Demonstranten nachgegangen, habe die Nikolaikirche besucht und mir das Museum in der „Runden Ecke“ angesehen.

Am Ende hatte ich viele neue Eindrücke gewonnen – und knapp 120 Seiten Interviewmaterial, die ich noch auswerten und kürzen musste.

Auch wenn die Arbeit sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat, hatte ich vor allem Spaß dabei. Ich hoffe, Ihnen geht es beim Lesen genauso.

1. Entwicklung der Montagsdemonstrationen

Herr Schwabe:

Die Montagsdemonstrationen haben eine lange Vorgeschichte. Demonstrationen nach den Friedensgebeten gab es schon im Frühjahr 1988 und die Friedensgebete selbst fanden schon im Herbst 1981 statt – jeden Montag um 17.00 Uhr.

Die hatten also eine ganz lange Tradition, immer am selben Ort, am selben Tag, zum selben Zeitpunkt. Die Leute wussten, wenn sie in irgendeiner Art und Weise ihren Unmut äußern wollen, dann haben sie montags um 17.00 Uhr in der Nikolaikirche die Möglichkeit das zu tun.

Die Arbeitsgruppe „Friedensdienst“ hat am 13. September 1981 angefangen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche zu gestalten. Zuerst war das alles im kleinen Kreis, aber nach und nach haben immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, diese Gebete als Möglichkeit der öffentlichen Meinungsäußerung entdeckt.

Irgendwann hat das nur in der Kirche aber nicht mehr gereicht.

Im November 1983 gab es zum ersten Mal nach den Friedensgebeten in der Nikolaikirche Demonstrationen in der Innenstadt. Das war während der „Dokumentar- und Kurzfilmwoche“.

Die Leute haben diese internationale Öffentlichkeit genutzt, um mit Kerzendemonstrationen auf die Gefahren des Wettrüstens aufmerksam zu machen. Allerdings hat der Staat da direkt eingegriffen und viele wurden festgenommen.

Der Rat der Stadt Leipzig berichtete an den 1. Sekretär der SED-Stadtleitung folgendes über diese Demonstrationen:

„[...] Am 7.11.83 gegen 18.40 Uhr versammelten sich ca. 30 Personen aus der Nikolaikirche kommend und gingen in Richtung Naschmarkt und Grimmaische Straße mit brennenden Kerzen.

Durch die Genossen der Volkspolizei wurden insgesamt 32 Beteiligte durch Feststellen der Personalien und Befragung namhaft gemacht. [...]

Die Befragung der Beteiligten nach ihrem Motiv ergibt, dass sie mit dieser 'Symbolhandlung' ihren Willen zum Frieden dokumentieren wollen und beabsichtigen, die Bürger zum Nachdenken über den Frieden anzuregen. [...]

Diese Ereignisse können nur als Missbrauch christlich-motivierten Friedensengagements durch reaktionäre Kräfte innerhalb der Kirche im Sinne einer eigenen selbständigen Friedensbewegung bewertet werden. [...]“¹

¹ StAL BT/RdB ohne Nr. [Am 8.11.1983 der Stellvertreter des OBM für Inneres - Sabatowska - an Dr.Wötzel: »Information über Vorkommnisse im Rahmen der Friedensdekade der evang. Kirche vom 6. bis 16.11.1983«].

Ich selbst habe die Gebete seit 1984 mitgestaltet. Auch wenn in der Zeit zwischen 1984 und 1987 nicht mehr so viel Interesse an ihnen bestand, wurden sie trotzdem vor allem von der AG „Friedensdienst“ regelmäßig weiter geführt.

1987 sind dann in Leipzig zwei Gruppen entstanden, die ganz andere Arbeitsansätze hatten. Die eine war die „Initiativgruppe Leben“ [IGL], die andere die „Arbeitsgruppe Menschenrechte“ [AGM].

Ich war Mitgründer der IGL. Wir wollten mehr Öffentlichkeit außerhalb der Kirche herstellen und haben dann auch unsere Themen weiter gefasst. Anfangs waren es Wehrdienst und Friedenserziehung, dann auch Ausreise und Umweltschutz.

Wir haben ganz eng mit der AGM um Pfarrer Wonneberger zusammengearbeitet. Die haben sich vor allem mit Menschenrechtsverletzungen in der DDR und der fehlenden Meinungsfreiheit beschäftigt.

Beide Gruppen haben im öffentlichen Protest durchaus ein Mittel gesehen, auf die Probleme im Land aufmerksam zu machen – eine ganz neue Möglichkeit!

Außerdem gab es ab 1987 eine Riesenausreisebewegung. Danach sind ja ganz viele Leute, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten und in den Westen wollten, aus der DDR raus gelassen worden. Das hatte auch einen Effekt für Leipzig.

Im Januar 1988 wurden zum Beispiel Teilnehmer an der offiziellen Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin festgenommen. Da gab es eine wahnsinnige Solidarität: Im ganzen Land wurden Proteste, Mahnwachen und Fürbittgebete organisiert.

Der Staat musste nachgeben und die Inhaftierten entweder entlassen oder in den Westen abschieben. Dadurch hatten dann viele Ausreiseantragsteller die Idee, durch politische Aktionen ihre Ausreise zu beschleunigen.

Die kamen dann zu den Friedensgebeten und plötzlich saßen statt früher 10, 20 Leute auf einmal 800, 900 Leute in der Kirche.

Für diejenigen, die ausreisen wollten, war das aber nicht nur eine Möglichkeit, den Ausreiseantrag zu beschleunigen, sondern auch sich zu informieren: Gibt es rechtliche Möglichkeiten, wenn der Antrag abgelehnt wird? Da fand Beratung statt.

Das war für die Leute ganz wichtig. Die hatten nicht mehr das Gefühl, dass sie alleine dastehen und den Behörden willkürlich ausgesetzt sind.

Einerseits barg das natürlich ein wahnsinniges Potenzial. Wo vorher 20 waren, saßen auf einmal 900 Menschen! Andererseits entstanden aus dieser Situation auch Konflikte.

Es gab Gruppen, die gesagt haben, die Ausreiseleute nutzen die Kirche nur aus, die wollen nur raus, die wollen nichts verändern. Meine Gruppe hat aber eine Riesenchance darin gesehen. Wir haben immer gesagt, freie Wohnortwahl ist ein Menschenrecht und deshalb setzen wir uns für die Leute ein.

Der Staat hat natürlich versucht die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen den Ausreisern und den Mitgliedern der Basisgruppen zu verhindern.

Einige Ausreisende wurden sogar inhaftiert und man legte ihnen nahe, nicht mehr an den Friedensgebeten teilzunehmen.

Das Ergebnis davon war allerdings das Gegenteil. Immer mehr Leute haben sich den neuen Ausreisegruppen oder den Basisgruppen angeschlossen.

Dadurch wurden die Friedensgebete immer mehr zu einem Ort der politischen Auseinandersetzung, gesellschaftliche Probleme wurden öffentlich gemacht. Klar, damit war der Konflikt zwischen Staat und Kirchenleitung einerseits und zwischen Kirchenleitung und Gruppen andererseits vorprogrammiert. Die Auseinandersetzungen haben sich zugespitzt, als die Ausreiser es dann schafften, in den westlichen Medien auf sich aufmerksam zu machen. In Leipzig war im Frühjahr und im Herbst immer die Wirtschaftsmesse, zu der auch westliche Journalisten kamen. Zur Messe hatten die die Erlaubnis einen Film über Leipzig zu drehen – das konnten sie ja sonst nicht. Da durften sie sich sogar frei in Leipzig bewegen! Das haben die Ausreiser ausgenutzt und nach der Messe montags Friedensgebete und Demonstrationen gemacht. Die wussten, die westlichen Kameras sind da, die sind in der Stadt und es wird über die Medien weiter verbreitet. Eine sehr wichtige Sache, denn vorher war es immer schwer, eine Öffentlichkeit herzustellen. Durch die Westmedien bekam das natürlich plötzlich eine riesengroße, sogar internationale Reichweite. Allerdings wurde damit auch der Druck des Staates auf die Kirchenleitung noch größer. Wie schon gesagt gab es ja auch innerhalb der Gruppen in Leipzig keine einheitliche Meinung, wie man mit den Ausreisern umgehen sollte. Einige Gruppen haben sich sogar geweigert, weiter die Gebete zu gestalten.

Die Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz erklärt zu diesem Thema am 24.Juni 1988 in einer Stellungnahme:

„[...] 4. Das Friedensgebet kann nicht die Funktion einer politischen Veranstaltung haben, die irgendeiner gesellschaftlichen Gruppierung ein Podium für Öffentlichkeit bietet. [...] Wenn Stille und Meditation durch Applaus ersetzt wird, ist die Chance der eigenen Veränderung vertan, haben wir unser Ziel im Friedensengagement verfehlt.

5. Menschen, die den Entschluss gefasst haben, aus der DDR auszureisen, und die an den Friedensgebeten teilnehmen, sollten sich fragen lassen, ob sie damit nicht auch aus der solidarischen Gemeinschaft mit den Menschen, die täglich durch hartes Engagement Gesellschaft gestalten und verändern, ausgetreten sind.“²

Dagegen schreibt Gabriele Heide von der Gruppe „Frauen für den Frieden“:

„Die vielen Menschen mit Ausreiseantrag sind ein deutliches Zeichen für unfriedliche Zustände in unserem Land. Sowohl die Gründe für einen Ausreiseantrag als auch die Probleme, denen Antragsteller ausgesetzt sind, gehören deshalb schon in ein Friedensgebet, also auch am Montag in die Nikolaikirche. Die Kirche und die Basisgruppen sind sicher nicht die Verursacher dieser unfriedlichen Zustände. Aber mit unserer jahrelangen Verdrängung dieser Problematik haben wir wohl zur Verschärfung beigetragen.[...]“³

Bei den meisten Gruppen spielte aber der Öffentlichkeitsgewinn durch die Beteiligung der Ausreisegruppen eine große Rolle. Bald wurden die Demonstrationen zur Tradition.

² Aus: „Position zum Friedensgebet in der Nikolaikirche“ - Die Erklärung wurde an die Gruppen im Bezirkssynodalausschuss geschickt.

³ Leserbrief zu den Friedensgebeten aus dem Mitteilungsblatt der Leipziger Basisgruppen: Kontakte, Mai 1988, S. 5.

Zuerst gab es große Demonstrationen im Frühjahr und Herbst 1988 und dann ab Frühjahr 1989 fanden fast jeden Montag kleinere Demos statt – manche sind nicht weit gekommen, die wurden von der Polizei gleich aufgelöst, aber es war eine Art öffentlicher Protest, immer montags, 17.00 Uhr, Friedensgebet. Immer wieder gingen dann von den Friedensgebeten auch andere öffentlichkeitswirksame Aktionen aus. Ende November 1988 wollten wir zum Beispiel während der Dokumentar- und Kurzfilmwoche nach dem Friedensgebet auf die Informationspolitik in der DDR aufmerksam machen. Wir haben Luftballons beschrieben mit Titeln von verbotenen Filmen und dem Namen „Sputnik“ und sind damit zum Kino „Capitol“. Da saß die Festivalleitung und da haben wir die Ballons steigen lassen. Sofort haben die Stasi-Leute da mit brennenden Zigaretten und Regenschirmen Jagd auf die Ballons gemacht!

Im November 1988 wird die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ durch das Presseamt der DDR verboten, die wegen ihrer Berichte von den Veränderungen in der Sowjetunion bei DDR-Lesern zunehmend beliebter wird und Hoffnungen auf Reformen im eigenen Land weckt. Als offizielle Begründung steht folgendes in der Zeitung:

Gegen Entstellung der historischen Wahrheit

„Am 19. November wurde die Zeitschrift „Sputnik“ von der Postzeitungsliste gestrichen. Begründung: Sie leistet keinen Beitrag zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Sie bringt stattdessen „verzerrende Beiträge zur Geschichte“ Das ist leider wahr. [...]“

Berliner Zeitung, 26./27.11. 1988:

Dann haben wir im Januar 1989 eine große, bewusst politische Demonstration gemacht. Wir haben eine eigenständige Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg organisiert.

In unserem Aufruf haben wir vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit gefordert.

An der Demo am 15.01. haben dann auch wirklich 800 Leute teilgenommen.

Zu dieser Zeit saßen ich und einige andere aus der Gruppe allerdings schon in Untersuchungshaft, weil rausgekommen ist, wer die Flugblätter für die Demo verteilt hat. Das MfS [Ministerium für Staatssicherheit] hatte einen IM [Inoffizieller Mitarbeiter] bei uns eingeschleust, der erst mit verteilt und dann direkt abends in Berlin angerufen hat und unsere Namen weitergegeben.

Wir kamen 10 Tage in Haft. Eigentlich wären wir zweieinhalb Jahre in den Knast gegangen, aber Honecker hat die Ermittlungsverfahren wegen großem internationalen Druck wieder eingestellt.

Es war gerade das 3.KSZE-Folgetreffen in Wien und das Schlimmste für Honecker war, dass diese Sache von dem amerikanischen und dem bundesdeutschen Außenminister angesprochen wurde. Honecker wollte ja international anerkannt werden, also hat er uns wieder freigelassen.

Da haben wir gesagt, ihr seid ja so kopflos, wenn ihr das noch nicht einmal mehr durchzieht, werden wir mal sehen, wie weit wir gehen können.

Wir haben das ganz bewusst ausgenutzt.

Als nächstes haben wir im Juni das Straßenmusikfestival organisiert.

Das war so eine Entwicklung zum Herbst 1989 hin. Dann kam die ganze Ausreisewelle im Sommer, die Botschaftsbesetzung. Da musste jeder plötzlich Position beziehen.

Die Leipziger Basisgruppen wollen schon seit 1988 durch Straßenmusik die Leipziger Innenstadt lebendiger machen. Die Spielversuche enden meist auf dem Revier der Volkspolizei, wo die Musiker hohe Ordnungsstrafen zahlen müssen. Straßenmusik ist in der DDR nicht erwünscht, denn das Vorgetragene entzieht sich der Kontrolle des Staates. Die Basisgruppen wollen mit einem großen „Straßenmusikfestival“ auf diese unhaltbare Situation aufmerksam machen. Für das Festival wird in der gesamten DDR geworben. Über eintausend Musiker und Zuschauer beteiligen sich daran. Leider lassen sich im Vorfeld aber auch viele professionelle Musiker mit der Androhung des Entzugs ihrer Spielerlaubnis vom Staat einschüchtern und nehmen nicht teil.

Gegen Mittag wird der SED-Bezirksleitung das Treiben zu viel und in der Innenstadt beginnt eine Treibjagd auf jeden, der ein Musikinstrument in den Händen hält. Viele Zuhörer steigen freiwillig auf die LKWs der Polizei, um so die Zuführungen und den Abtransport der verhafteten Musiker zu verhindern.

Zusätzlich heizt die SED-Führung die Wut weiter an, als sie Genugtuung über das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in der chinesischen Hauptstadt Peking äußert. Dort haben Panzer eine Demonstration junger Studenten niedergewalzt. Mit ihrer Haltung lässt die SED der Opposition eine brutale Warnung zukommen. Die „chinesische Lösung“ ist auch in der DDR möglich. Egon Krenz reist demonstrativ nach Peking, während die übrige Welt mit Abscheu auf das Verbrechen reagiert.

Erich Honecker setzt derweil auf Durchhalteparolen und verkündet:

„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Diese alte Erkenntnis der deutschen Arbeiterbewegung findet durch die große Initiative der Werktätigen der DDR ihre aktuelle Bestätigung.“

Neues Deutschland, 15.08.1989

Im Sommer 1989 nimmt die Flüchtlingswelle dramatische Ausmaße an. Große Teile der Bevölkerung haben jedes Vertrauen in die SED-Führung verloren. Die Menschen sehen, wie die Reformpolitik Michail Gorbatschows, der 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden war, spurlos an der DDR vorbeigeht.

Enttäuscht und verbittert suchen Tausende ihr Heil in der Ausreise. Sie besetzen die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin und die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau.

Sowohl BRD als auch DDR sind zum Handeln gezwungen – letztere auch mit Rücksicht auf die bevorstehende Feier zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung (7.10.1949).

Bei einem Geheimgespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sichern der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn zu, bis Mitte September die Grenze zu Österreich für Flüchtlinge aus der DDR zu öffnen. Im Gegenzug erhält Ungarn großzügige Wirtschaftshilfe.

Am 27. Juni durchtrennen Gyula Horn und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock zusammen den Grenzzaun. Bis Ende September kommen

zehntausende Deutsche aus der DDR, die wochenlang in Auffanglagern gewartet hatten, über Österreich in die Bundesrepublik.

Schwieriger ist die Lage der etwa 6000 Prager Botschaftsflüchtlinge. Notdürftig versorgt hausen sie in Zelten – ihre Geduld wird auf eine harte Probe gestellt.

Am 30. September endlich verkündet der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik, die in Prag Wartenden könnten per Zug über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Um die Ernsthaftigkeit des Plans zu unterstreichen reist Außenminister Genscher nach Prag. Als er vom Balkon der Botschaft die erlösende Nachricht bekannt gibt, kennt der Jubel keine Grenzen.

Der erste Zug verlässt Prag am 1. Oktober. Auf die Umleitung über die DDR hatte Honecker aus Prestige Gründen bestanden: Die Ausreisenden erhalten noch bevor sie die BRD erreichen Dokumente, die sie aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen.

Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt

„Berlin (ADN). Wie der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mitteilte, sind die ehemaligen Bürger der DDR, die sich rechtswidrig in den Botschaften der BRD in Prag und Warschau aufhielten, über die Deutsche Demokratische Republik in Zügen der Deutschen Reichsbahn in die BRD abgeschoben worden. [...] Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen. [...]“

Berliner Zeitung, 2.10.1989, Auszug

Ich habe zu dieser Zeit im kirchlichen Altenheim als Krankenpfleger gearbeitet. Wir saßen jeden Mittag vorm Fernseher und haben uns die Bilder von der Botschaftsbesetzung angesehen. Jeder war davon betroffen. Auf einmal war der Bruder weg, die Schwester ist abgehauen, der Bäcker um die Ecke war nicht mehr da, der Arzt war nicht mehr da.

Jeder musste Stellung beziehen und eine Entscheidung treffen: Mache ich diesen Mist weiter mit? Haue ich auch ab? Nutze ich die nächste Fahrt nach Ungarn und haue auch in den Westen ab, oder versuche ich, in diesem Land irgendetwas zu bewegen?

Und die, die sich dafür entschieden haben, in diesem Land etwas zu bewegen, die wussten, dass montags um 17.00 Uhr eine Möglichkeit besteht.

Diese Situation haben wir genutzt und am 4. September 1989 wieder eine große Demonstration gemacht. Das war der Messe-Montag, das erste Friedensgebet nach der Sommerpause.

Wir wussten, dass in den Medien das Thema Ausreise eine große Rolle spielen wird und wir wollten nicht nur den Ausreisern die Medienbühne überlassen, sondern dem etwas entgegen setzen, indem wir zeigen, dass es auch noch Leute gibt, die im Land bleiben und etwas verändern wollen.

Wir haben Transparente gemalt: „Für ein freies Land mit offenen Menschen“, „Reisefreiheit statt Flucht“ und sowas stand darauf.

Über Umwege sind wir dann in die Innenstadt, die Transparente in unseren Jacken versteckt – unsere Häuser wurden ja immer bewacht.

Wir sind schnell in die Straßenbahn rein, die Stasileute hinterher und kurz bevor die Straßenbahn klingelte und losfuhr sprangen wir wieder raus und den Stasileuten schlug die Tür vor der Nase zu.

Nach dem Friedensgebet haben wir diese Transparente entrollt.

Die Kameras waren da und haben das gefilmt, die Bilder sind um die Welt gegangen. Unsere eigentlichen Ziele, zu zeigen, dass wir etwas verändern wollten, und eine richtige Demonstration zu organisieren, haben wir allerdings nicht erreicht. Die Leute haben nicht mitgemacht, die Ausreiser haben sich nur vor die westlichen Kameras gestellt und haben gebrüllt „wir wollen raus“. Wir standen dann alleine da und haben gesagt, okay, das hat keinen Sinn, die sind noch nicht reif genug. Wir warten noch ein bisschen. Trotzdem war das vom Mobilisierungseffekt für die kommenden Demos ein großer Erfolg – die Bilder sind ja vom Westen wieder ins Ostfernsehen zurückgegangen. Die Westmedien waren ein wahnsinniges Transportmittel, das sozusagen wieder in die DDR hinein strahlte – im Osten hat ja jeder Westen geguckt.

Eine Woche später, nach dem Friedensgebet am 11. September hat die Polizei den Nikolaikirchhof völlig abgeriegelt und viele Teilnehmer des Gebetes festgenommen. In der gesamten DDR gab es wieder eine große Solidarität, überall Gebete und Protestaktionen für die Inhaftierten.

Bei einem Fürbittgebet in Leipzig entstand die Idee, die Fenster der Nikolaigemeinde als Zeichen der Solidarität mit Blumen und Texten zu schmücken. Ich erinnere mich an einen der Texte:

„Wir wollen keinen Dialog mit denen, die unsere Freunde verprügeln und einsperren. Wir wollen unsere Freunde wieder um uns haben! Erst dann werden wir reden. Für freie Menschen in einem freien Land.“

Von da an sind von Montag zu Montag mehr Menschen zum Nikolaikirchhof gekommen.

Am 25. September entstand der erste große Demonstrationenzug durch Teile der Innenstadt. Die erste richtige Montagsdemonstration mit ca. 5000 Leuten.

Die Polizei hat brutal versucht das aufzulösen, wieder gab es Verhaftungen.

Für uns war damals Roland Jahn einer der wichtigsten Ansprechpartner. Roland Jahn war Journalist, wurde 1983 aus der DDR ausgebürgert. Er hat jeden Tag bei uns in der Koordinationsgruppe angerufen und auch Telefoninterviews organisiert, u.a. für die Tagesschau. Vorher haben wir da natürlich ganz genau abgesprochen was wir da unbedingt sagen mussten – die Freiheit der Inhaftierten fordern usw.

Immer mehr Leipziger, die keinen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ gestellt hatten, besuchen die Friedensgebete. Das registriert natürlich auch die Staatsführung.

In einer „Lageeinschätzung zu den seit März 1988 stattfindenden Friedensgebeten in der Nikolaikirche“ vom Volkspolizei-Kreisamt Leipzig vom 25. September 1989, wird festgestellt:

„[...] Während 1988 und in den ersten Monaten des Jahres 1989 Personen dominierten, die über die Teilnahme an derartigen Provokationen die Genehmigung ihres Antrages auf ständige Ausreise 'beschleunigen' wollten, treten jetzt in zunehmenden Maße Personen in Erscheinung, von denen bekannt ist, dass sie sich als 'innere Opposition in der DDR' verstehen. Diese Zäsur für diesen Strukturwandel kann hierbei zu dem Zeitpunkt der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen 1989 gesetzt werden. [...]

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß das an die Nikolaikirche angrenzende Territorium zu einem Treff- und Sammelpunkt gegnerischer Kräfte wird, ohne

daß ein unmittelbarer zeitlicher und örtlicher Zusammenhang zu den montags stattfindenden Friedensgebeten besteht. [...]“⁴

In der Zeitung ist in den nächsten Tagen folgendes über die Demonstration vom 25. September zu lesen:

Ordnung gestört

„Am Montagabend kam es im Leipziger Zentrum zu nicht genehmigten, ungesetzlichen Zusammenrottungen, die die öffentliche Ordnung störten und den Verkehr zeitweise beeinträchtigten. Durch das besonnene und zurückhaltende Verhalten der Sicherheitskräfte blieb diese neuerliche Zusammenrottung mit eindeutig antisozialistischer Tendenz begrenzt.“

Leipziger Volkszeitung, 26.09.1989, S.8

Wir lassen uns nicht verunglimpfen

„Was sich da nach dem sogenannten „Friedensgebet“ abspielte, war empörend. Das hatte antisozialistischen Charakter. Wer sich dort zusammenrottete, wollte dem Sozialismus in den Farben der DDR ans Leder. Gegen solche Tendenzen muss man, und da bin ich sicher mit der Mehrzahl unserer Bürger einer Meinung, mit aller gebotenen Härte ins Feld ziehen!“

Leserbrief von Lothar Vogel

Leipziger Volkszeitung, 29.9.1989, S.2

In der nächsten Woche, am 2. Oktober waren es dann schon 20.000 Menschen! Die haben gerufen „Gorbi, Gorbi“ und „Stasi weg“. Unglaublich.

Am 6.10.1989 dann, einen Tag vor der großen Feier zum 40. Jahrestag der DDR, hat die SED versucht die Menschen ganz massiv einzuschüchtern – die haben da sogar von einer möglichen „chinesischen Lösung“ geredet.

Angesichts des bevorstehenden 40. Jahrestages der DDR werden die Drohungen der Partei- und Staatsführung immer massiver. Vor dem Fest soll der Anschein von Normalität und Stabilität gewahrt bleiben.

Mittels eines „Leserbriefes“ wird von der Bezirksleitung der SED der mögliche Waffeneinsatz bei Demonstrationen angekündigt:

Werktätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden

„Die Angehörigen der Kampfgruppenhundredschaft ‚Hans Geiffert‘ verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. [...] Wir fühlen uns belästigt, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Dingen konfrontiert werden. Deshalb erwarten wir, dass alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen, [...]“

⁴ Archiv des Polizeipräsidiums Leipzig - VPKA 11449, 12388, 12389, 12390, 12405

Wir sind bereit und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand! [...]

Kommandeur Günter Lutz
im Auftrag der Kampfgruppenhundertschaft „Hans Geiffert“
Leipziger Volkszeitung, 6.10.1989, S. 2.

Die haben ihr Ziel aber nicht erreicht. Zum letzten Geburtstag der DDR, am 7. Oktober 1989 sind 4.000 Leute auf den Nikolaikirchhof gekommen – obwohl gar kein Friedensgebet stattfand.

Der Staat hat das Ganze gewaltsam aufgelöst – Wasserwerfer, Hunde, Festnahmen. Fast zweihundert Leute haben die verhaftet und in Pferdeställen auf dem Agra-Gelände in Leipzig Markkleeberg eingepfercht. Das Gelände da war als Internierungslager für den „Spannungsfall“ vorgesehen.

Für diese „Maßnahme“ trägt die Bezirkseinsatzleitung die Verantwortung, deren Aufgabe darin besteht, zu Friedens- und Krisenzeiten den Machterhalt der SED zu sichern. Eine Form der zur Verfügung stehenden Maßnahmen ist die „Internierung“. Zu diesem Zweck werden seit 1969 Listen aller „gefährlicher bzw. unzuverlässigen“ Personen geführt, die im Spannungsfall sofort zu „internieren“ sind. Die Unterbringung soll in sogenannten „Internierungslagern“ erfolgen, für die in Leipzig u.a. die Pferdeställe auf dem Agra-Gelände vorbereitet sind.

*Erich Honecker, der zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz des Nationalen Verteidigungsrates innehat und dem die Bezirkseinsatzleitungen unterstehen, umreißt die **Aufgabe der Bezirkseinsatzleitungen** so:*

„In Anbetracht der verstärkten Angriffe der Feinde des Sozialismus auf die politische Stabilität und Ausstrahlungskraft unserer Republik sollte es zunehmend Anliegen der Einsatzleitung sein, allen Provokationen und Verleumdungskampagnen durch koordiniertes und umsichtiges Handeln entschieden entgegenzutreten. [...]“⁵

Viele haben ja gehofft, dass es am 7. Oktober wenigstens ein Eingeständnis der bestehenden Probleme geben wird.

Aber nein, die haben sich in Berlin ohne Ende feiern lassen und tatsächlich gesagt, wir sind die Besten und die Größten und wenn der Gorbatschow da neu tapeziert, warum sollen wir das auch machen. Wir haben das gar nicht nötig.

Das hat die Enttäuschung nochmals wahnsinnig vorangetrieben.

*Herr Schwabe bezieht sich hier auf **Kurt Hager**, den Chefideologen der SED, der 1987 verkündet:*

„Die KPdSU ist bestrebt, die sozialistische Demokratie in der Sowjetunion zu vervollkommen. Sie betrachtet, wie ich weiß, den von ihr eingeschlagenen Weg nicht als Modell für die anderen sozialistischen Länder.“

⁵ Protokoll der 78. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 16. Juni 1989 - Zwischenarchiv Potsdam VA-01/39539.

Würden Sie, nebenbeigesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“

Berliner Zeitung, 10.4.1987

Während es im Innern brodelt, feiert die Führung von Staat und Partei am 7. Oktober in Berlin den 40. Jahrestag der DDR. Die FDJ veranstaltet am Vorabend einen Fackelzug. Es wird ein gespenstischer Aufzug einer durch Alter, Krankheit und böser Vorahnung gelähmten Führungsriege. Der sowjetische Ehrengast Generalsekretär Michail Gorbatschow verteilt Komplimente und Mahnungen: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren“ In der Berichterstattung der Presse wird daraus das geflügelte Wort: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

Während im Berliner Palast der Republik große Reden auf den Sozialismus à la DDR gehalten werden, zeigt sich draußen bereits eine neue Wirklichkeit. Über 1000 Menschen rennen gegen eine dichte Polizeikette an. Kaum hat Gorbatschow die Feier verlassen, geht die Polizei mit unglaublicher Brutalität gegen die Demonstranten vor – erneut eine deutliche Warnung in Richtung Leipzig, wo die nächste Montagsdemonstration bevorsteht.

Eigentlich war nach den Ausschreitungen am 7. Oktober davon auszugehen, dass die Situation am 9. Oktober eskalieren würde – zumal der Staat ja alles dafür tat, den Leuten Angst zu machen. Trotzdem kamen am 9. Oktober noch mehr Menschen! Dann ging das plötzlich los. Eigentlich völlig ohne Plan, ohne Organisation. Ich weiß nicht ob jemand dann das Heft in die Hand genommen und den Demonstrationzug angeführt hat. Ich weiß auch nicht, warum der Zug links rum gegangen ist und nicht nach rechts. Aber das ist auch irrelevant. Es waren 70.000 Leute auf der Straße!

Neben unserem Altenpflegeheim, wo ich vormittags noch gearbeitet habe, war eine Polizeistation und da hab ich gesehen, wie LKWs mit Schutzschilden ausgerüstet wurden, wie riesige Schneeschieber. Da dachte ich schon, na, was ist denn jetzt los. Ich habe um 14.00 Uhr Schluss gehabt und bin dann in die Innenstadt gegangen. Andere sagen zwar das stimmt nicht, aber ich hatte das Gefühl die Innenstadt war gähnend leer. Das war eine ganz gespenstische Ruhe. So ab 16.00 Uhr füllte sich das dann langsam. In vier Kirchen in der Innenstadt wurden an diesem Tag Friedensgebete abgehalten und danach war die Stadt voller Menschen.

Die ganze Innenstadt war voll Menschen, die dort standen und warteten bis die Friedensgebete zu Ende gingen und dann setzte sich dieser Demonstrationzug – von wem auch immer geführt – in Bewegung.

Eine unglaubliche Situation.

Der 9. Oktober übertrifft alles, was sich an Erwartungen in Leipzig angestaut hat. SED und Stasi sind fest entschlossen die Lage unter Kontrolle zu halten. Für den Einsatz von Gewalt stehen Fallschirmjäger der Armee und Spezialkräfte der Stasi bereit. Mit allem wird gerechnet, nur nicht damit, dass 70.000 Menschen kommen. Der Leipziger SED-Chef Helmut Hackenberg ruft Egon Krenz, Honeckers Stellvertreter, an. Der verspricht einen Rückruf – Krenz will sich absichern. Doch der Anruf lässt auf sich warten, bis es zu spät ist.

Gegen 70.000 Menschen will die SED nicht antreten. Die geplante „Niederschlagung der Konterrevolution“ ist nicht durchführbar. Die Menschen atmen auf: die Demonstration bleibt friedlich. Die folgenden Dokumente belegen, dass es auch hätte anders ausgehen können:

In einem **Entschluss des Volkspolizeikreisamtes Leipzig vom 8.10.1989**, der vom Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Generalmajor Straßenburg, bestätigt wurde, heißt es:

„Auf der Grundlage der bisher eingetretenen Störungen der staatlichen Ordnung [...] und Sicherheit innerhalb der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit den seit März 1988 wöchentlich stattfindenden 'Montagsgebeten' in der Nikolaikirche **HABE ICH MICH ENTSCHLOSSEN** mit den mir unterstellten Kräften und Mitteln einen Ordnungseinsatz am 09.10.1989 durchzuführen.

Das Ziel des Einsatzes besteht in der Auflösung rechtswidriger Menschenansammlungen und unmittelbar nachfolgend in der dauerhaften Zerschlagung gegnerischer Gruppierungen sowie der Festnahme deren Rädelsführer.

[...] Kräfteeinsatz insgesamt:

Deutsche Volkspolizei [...] Gesamt 835

Zukommandierte Kräfte [...] Gesamt 1.690

Kampfgruppen der Arbeiterklasse [...] 600 Kämpfer

[...] Gesamt 3.125

Reserven: [...] - 2 Kp. (ABV-Schule Wolfen)

- 3 KGH(mot) [=Motschützen]“⁶

In einer **Eintragung des Einsatzleiters im Einsatzbuch der BDVP vom 9.10.1989** stehen unter den laufenden Nummern 09 und 19 folgende Meldungen:

„09 [/] 15.00 Uhr [/] SPW [=Schützenpanzerwagen] mit Munition in VPB [=Volkspolizeibereitschaft] handlungsbereit.

[...]

19 [/] 22.00 Uhr [/] Ausgangslage an aufmunitionierten SPW in VPB herstellen.“⁷

Generalmajor Gerhard Straßenburg feiert den Ausgang der Demonstration einen Tag später als einen Erfolg der Einsatzkräfte. In einem **Fernschreiben an alle beteiligten Einheiten und Kräfte** erklärt er:

„[...] Die Einsatzkräfte zeigten getreu des Eides und unseres Gelöbnisses treue Pflichterfüllung, hohe Moral, Disziplin und waren bereit konsequent zu handeln.

[...] Offensichtlich unter dem Eindruck hoher gesellschaftlicher Aktivität progressiver Bürger, der Wirkung der Veröffentlichungen in der LVZ [Leipziger Volkszeitung], besonders vom 09.10., über rowdyhafte Ausschreitungen am 02.10. und 07.10. sowie der starken Präsenz der Deutschen Volkspolizei und der Kampfgruppen der Arbeiterklasse handelten über 60.000 Teilnehmer des ungenehmigten Demonstrationzuges ohne Gewaltanwendung.“⁸

⁶ Archiv des Polizeipräsidiums Leipzig [siehe Anm.4]

⁷ Ebd.

⁸ Nr.466 vom 10.10.1989, Archiv des Polizeipräsidiums Leipzig [siehe Anm.4]

Natürlich verliert der Generalmajor kein Wort darüber, dass beispielsweise 5 Kampfgruppeneinheiten nur eine „Einsatzstärke zwischen 40,2 und 58,3 %“ erreicht haben, da „in einigen Fällen das Kommen verweigert wurde“⁹ und dass man über den „Massenauflauf“ der Demonstranten überrascht war.

Die von Straßenburg erwähnte Leipziger Volkszeitung stellt die Situation folgendermaßen dar:

Geprägt von Besonnenheit

„Am Montagabend versammelten sich im Leipziger Stadtzentrum einige Tausende zu einer nicht genehmigten Demonstration. Sie war im Wesentlichen von Besonnenheit geprägt. Es gab keine Provokationen gegen Personen, keine Ausschreitungen gegen Einrichtungen und die Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Stadt eingesetzt waren. Diese wurden deshalb nicht gezwungen, einzugreifen.“

Leipziger Volkszeitung, 10.10.1989, S.2

Frau Hollitzer:

Die Friedensgebete in der Nikolaikirche waren nicht mein Ding, weil wir zur Thomas-Kirche gehörten – also rein von der Gemeinde her. Zu dieser Zeit wurde diese Ausreisebewegung auch insgesamt doch sehr negativ beurteilt, von der Kirche, von den anderen Gruppen, von einem selbst. Wie man heute auch aus Akten und vielen Publikationen weiß, wurde das ja vom Staat auch ganz bewusst so lanciert. Die Ausreiseleute wurden diffamiert, indem man sagte, die machen es sich nur leicht, die gehen weg, weil die Bananen wollen. Eine völlige Fehleinschätzung der Beweggründe dieser Leute.

Aus heutiger Sicht kann ich nur sagen, ich bewundere jeden, der diesen Schritt gegangen ist. Es ist doch schwer, alles zurückzulassen, seine Heimat aufzugeben, nicht zu wissen, wo man hinkommt und auch über Jahre hinweg noch in der DDR diese Ausgrenzung durchmachen zu müssen. Gerade wenn es diese Ausreisebewegung nicht gegeben hätte, hätte der Staat doch überhaupt nicht gemerkt, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Die Ausreisebewegung ist ein ganz wichtiger Faktor zur Destabilisierung dieses Staates gewesen.

Aber es war so, dass ich dachte, du musst montags nicht an der Nikolaikirche dabei sein, denn wenn du dort weggefangen wirst, dann hast du nichts gemacht, wo du dahinter stehst. Ich hätte da vielleicht geguckt, hätte mich drunter gemischt, weil ich neugierig gewesen wäre – aber ich hätte überhaupt keine Motivation gehabt, eine eventuelle Verhaftung auszuhalten. Warum soll ich mich da wegfangen lassen, für etwas, das ich gar nicht wollte. Ausreisen kam für uns ja gar nicht in Frage, weil mein Mann kirchlicher Mitarbeiter war. Also habe ich mich dort ferngehalten.

⁹ Parteiinformation der BDVP vom 10.10.1989, Archiv Polizeipräsidium Leipzig [siehe Anm.4]

Mich mit der Situation beschäftigen musste ich erst durch meine Arbeit im Kirchenvorstand der Thomaskirche. Bei uns in der Gemeinde wurde die Frage diskutiert, ob auch in der Thomaskirche Friedensgebete abgehalten werden sollten. Das war in der Woche zwischen dem 2. und 9. Oktober.

Am 9. Oktober war ich eigentlich nur von Amtswegen an der Kirche. Das war eine brisante Situation. Ich wurde an die Eingangstür am Bach-Denkmal gestellt und sollte nach dem Friedensgebet dort die Tür aufmachen. Ich weiß nicht einmal, ob ich sonst überhaupt bis dahin gekommen wäre an diesem Montag, ob ich nicht zu Hause geblieben wäre. Als ich aber plötzlich mitten drin war, hat mich die Angst übermannt. Das heißt, ich habe meine Angst nicht überwunden, wie die 70.000 Anderen, sondern habe mich am Ende doch auf den Weg nach Hause gemacht.

2. Die Demonstranten

2.1 Die Rolle des Elternhauses

Frau Hollitzer:

Ich komme selbst aus einem Pfarrhaus und habe von meinen Eltern sehr schnell gelernt, dass dieses Land, diese DDR nichts ist, das man sehr lieb haben muss. Meine Eltern haben uns nicht zu den Pionieren geschickt, keine FDJ, d.h. diese Verweigerungshaltung haben wir mit der Muttermilch eingesogen. Meine Eltern sagten, wir haben doch die braune Soße gerade überwunden, jetzt geht das schon wieder los. Für sie war völlig klar, dass wir das nicht mitmachen. So bin ich groß geworden.

Durch diese Einstellung war es allerdings schwierig, sein Leben zu gestalten. Gewisse Berufe verboten sich von selbst. Lehrer zu werden, Jurist zu werden, Journalist zu werden – ganz viele Dinge kamen überhaupt nicht in Frage. Unabhängig davon, dass wir wegen unserer Verweigerungshaltung gegenüber dem Staat gar nicht die Chance bekamen, zur Oberschule zu gehen, wollten wir so etwas gar nicht machen, weil es politisch war. Also hat man sich im Handwerksbereich etwas gesucht.

Ich habe dann einfach privat Gesang studiert. Wenn ich in die FDJ gegangen wäre, hätte ich mein Gesangsstudium auch an der Hochschule antreten können. Das habe ich aber nicht fertig gebracht. Da hätte ich mein Gewissen wegschmeißen müssen und das konnte ich nicht.

Dann haben mein Mann und ich unsere Kinder wieder so gepolt und im Grunde von ihnen verlangt, dass sie auch diese Haltung übernehmen.

Dass die Kinder in dem Alter, in dem sie anfangen rebellisch zu werden, dann einfach Dinge tun, ohne zu fragen, ob das vielleicht gefährlich oder verboten ist, ist ja ganz normal. Das hat sich dann besonders bei unserem Großen herausgebildet. Er wollte so nicht leben und einfach aus Protest etwas verändern. Dieser ganz normale pubertäre Jugendprotest wurde politisch und richtete sich gegen diesen Staat.

Herr Schwabe:

Ich habe mit meiner Mutter zusammen gelebt, meinen Vater kenne ich nicht. Ich bin ziemlich frei erzogen worden. Meine Mutter hat im Dreischicht-System gearbeitet und musste mich also zwangsläufig an die lange Leine lassen. Sie musste sehen, dass das Überleben der Familie gesichert war und hatte nicht viel Zeit, sich um Erziehung zu kümmern. Das hatte wahrscheinlich auch einen großen Einfluss auf meine persönliche Entwicklung – ich musste schon von Kindheit an viele Entscheidungen selbst treffen. Meine Mutter hat mich auch gar nicht politisch beeinflusst, auch nicht in Richtung Opposition. Ich bin den ganz normalen Weg gegangen als Kind, erst FDJ, dann Pioniere. Auch später, als ich in der Opposition aktiv wurde, hat sie nie versucht mich zu überreden, es sein zu lassen – auch wenn sie natürlich immer Angst um mich hatte.

2.2 Persönlicher Einstieg**Frau Hollitzer:**

Mein Sohn fing in einer Umweltgruppe an, die unter dem Schutz der Kirche agierte. Für uns Eltern war das beruhigend, weil wir das Gefühl hatten, wenn etwas passiert, dann ist da die Kirche, die kümmert sich schon. Einmal kam mein Sohn zu uns und sagte, ihr müsst mal helfen, wir brauchen noch Leute. Da ging es um eine Art kleine Broschüre über die Umweltsituation hier in der Gegend – alles ganz heimlich natürlich. Da bin ich dann abends mit in das Jugendpfarramt und habe das Deckblatt von dem Heft gezeichnet. Das musste ich einfach machen, ich konnte ja jetzt schlecht sagen, das ist mir aber zu heiß hier, das wäre ja feige gewesen. Ich habe den Jungen ja sozusagen auf die Fährte gesetzt, dann konnte ich doch nicht kneifen.

Plötzlich waren wir also mittendrin. Wir hatten aber bei unserem Großen immer das Gefühl, er macht nichts Unbedachtes. Alle Aktionen, die in der Umweltgruppe liefen, liefen immer noch gerade so im Rahmen der DDR-Gesetze. Man schöpfte die Gesetze so aus, dass man immer noch abgesichert war – aber das war schon gefährlich genug. Wasserproben am Fluss holen und dann jemanden suchen, der sie analysiert und solche Geschichten, das war ja alles verboten.

Ich erinnere mich, mit dem fertigen Heft sind wir zu einem Buchdrucker gefahren und haben den überzeugt uns mit Siebdruck 1000 Deckblätter für das Heft zu machen. Als ich die abgeholt habe und fragte, wie viel Geld er dafür kriegt, da hat er schnell gesagt, gehen sie, gehen sie, gehen sie, raus hier, nehmen sie die Kisten und verschwinden sie. Da habe ich das Gefühl gehabt, dass ihm erst jetzt ein Licht aufgegangen war, was er da eigentlich für eine heiße Ware gedruckt hat.

Die Anhänger der Friedensbewegung sehen neben den Gefahren durch das Wettrüsten noch eine ganz andere Gefahr auf die DDR zukommen: die Zerstörung von Natur und Umwelt durch eine rücksichtslose Wirtschaftspolitik. Angesichts der wirtschaftlichen Misere sind viele Betriebe gezwungen nach der Devise „Ökonomie vor Ökologie“ zu produzieren. Offiziell existiert natürlich kein Umweltproblem. Daten über das Ausmaß der Verunreinigung von Boden, Wasser und Luft unterliegen strenger Geheimhaltung. Die DDR ist der Staat mit der intensivsten Braunkohleförderung weltweit. Dort, wo die schwefelhaltige Kohle in Kraftwerken verheizt wird, setzen die Schornstein riesige graugelbe Staubwolken frei, die den Boden verseuchen und als saurer Regen die Wälder zerstören. Die Folgen des Uranabbaus in Sachsen und Ostthüringen sind ähnlich verheerend. Auch wenn sie fantasievoll vorgehen – zum Beispiel mit eigenen Umweltstudien oder Baumpflanzaktionen – den Raubbau an der Natur können die Atomkraftgegner und Umweltschützer nicht stoppen.

Herr Schwabe:

Ich war drei Jahre lang bei der Armee, weil ich zur See fahren wollte. Mein Wunsch war schon immer, den Horizont etwas zu erweitern und nicht nur in der DDR leben zu müssen.

Eigentlich hätte ich dafür 4 Jahre lang bei der Marine bleiben müssen, aber das war mir zu viel. Ich bin bei der Armee an meine Grenzen gestoßen. Was man da erlebt hat war unglaublich – Demütigung, Bespitzelung usw. Ich bin dort ziemlich angeeckt mit den Offizieren. Ich habe mir z.B. einen Witz daraus gemacht, wenn es hieß, die Kapitalisten überfallen die Sowjetunion. Ich wusste, bevor wir mit unseren uralten Maschinen dort oben aufgestiegen sind, haben die uns doch schon dreimal überflogen. Was die uns erzählten war alles Quatsch.

Meine Pläne mit der Marine konnte ich dann zwar abhaken, aber ich hatte das Glück, bei der Armee jemanden kennenzulernen, der in der Gemeinde in Leipzig aktiv war. Der hat mich nach der Armeezeit einfach mitgenommen. Obwohl ich kein Christ bin, war ich total begeistert: Das war anders als jede FDJ-Veranstaltung, da saßen 20, 30 junge Leute, die offen politisch diskutierten und ihre Meinungen austauschten, im Prinzip ein demokratisches Grundverständnis einübten. Die ließen einander ausreden, man versuchte mit Argumenten zu diskutieren und nicht mit dem Holzhammer, wie es bei der FDJ war. Das hat mich so begeistert, dass ich dort hängen geblieben bin und dann seit 1984 auch die Friedensgebete mitgestaltet habe. Das war mein Einstieg.

Zur gleichen Zeit, 1984, bin ich auch in eine Arbeitsgruppe für den Umweltschutz gegangen, die ich aber bald wieder verlassen habe. Die Gruppe orientierte sich immer an den Gesetzen der DDR. Das war mir zu wenig. Ich habe gesagt, eine Diktatur macht sich immer die Gesetze, die nötig sind, um die Macht erhalten zu können und deshalb müssen wir bestimmte Gesetze übertreten oder in Frage stellen, um etwas bewirken zu können.

Also habe ich 1987 die „Initiativgruppe Leben“ [IGL] mit gegründet. Wir haben uns zwar weiter an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt, sind aber verstärkt raus aus der Kirche. Wir wollten auch die erreichen, die nicht in die Kirche gehen und haben Aktionen auf der Straße gemacht.

Die erste öffentlichkeitswirksame Aktion, war ein Pleiße-Gedenkumzug 1988. Die Pleiße ist ein Fluss in Leipzig, der 1956 unter die Erde verlegt wurde, weil er so verdreckt war, dass man es den Leipzigern nicht mehr zumuten konnte. Leipzig war durch die ganzen Chemiebetriebe insgesamt in einer schlimmen Situation. Wir wollten daran erinnern, dass es vor Jahren auch mal anders gewesen ist.

Die Basisgruppen versuchen, neben dem Friedensgebet eine zweite Öffentlichkeit herzustellen. Sie wollen aus dem engen kirchlichen Raum ausbrechen und sehen in der Organisation von Demonstrationen eine neue Möglichkeit dazu. Ein erster Versuch wird zum Weltumwelttag im Juni 1988 gestartet. Thema des geplanten „Gedenkumzuges“ war die Umweltsituation im Leipziger Chemiedreieck und hier vor allem die starke Verschmutzung der Pleiße. Mit Handzetteln werden die Leipziger aufgerufen, sich an dem Umzug zu beteiligen.

Auch wenn im Vorfeld vermeintliche Organisatoren vom MfS vorgeladen und verhört werden, schreitet die Polizei nicht ein und begleitet den Umzug aus der Distanz. Dieses Verhalten führt wiederum dazu, dass die Mitglieder der Basisgruppen in Zukunft nicht abzuhalten sind, weitere Demonstrationen zu organisieren.

Diese Umzüge und kleine Demonstrationen haben wir dann kontinuierlich weitergeführt. Wir haben ja im Januar die Karl Liebknecht-Rosa Luxemburg-Demonstration gemacht und das Straßenmusikfestival organisiert. Wir haben den Protest, der innerhalb der Kirche stattgefunden hat, rausgetragen auf die Straße.

Das hat dann zu immer mehr Konflikten mit der Kirchenleitung geführt, die gesagt hat, das hat mit uns nichts mehr zu tun. Die Gruppe will nur Ärger machen.

Die Kirchenleitung wollte nicht mehr, dass wir die Friedensgebete mitgestalten.

Es war ein langer Konflikt ab 1988, der uns dann dazu bewogen hat, zu sagen, wenn wir unsere Informationen in der Kirche nicht mehr weitergeben können, dann benutzen wir eben den Nikolaikirchhof. Da haben wir ab 1988 dann immer Kundgebungen abgehalten, die sich eigentlich zu öffentlichen Demonstrationen entwickelten.

Viele Leute sind dann nicht mehr zu den Friedensgebeten gekommen, sondern zu den Kundgebungen danach, weil sie dort die Information gekriegt haben, die für sie wichtig waren: Was mache ich mit Ausreise? Was gibt es für Bestrafungen?

Also auch auf Menschenrechtsverletzungen haben wir hingewiesen.

Seltsamerweise war das kein Problem, der Staat hat nicht eingegriffen. Nur einmal, als wir im Herbst 1988 mit Transparenten und Plakaten auf dem Hof standen. Da haben sie uns festgenommen und wollten wir wissen, was wir da machten. Aber wir sind nach 24 Stunden wieder frei gekommen.

2.3 Das bewegendste Erlebnis

Frau Hollitzer:

Nachdem der 9. Oktober so glimpflich abgelaufen war, fand am Montag, den 16. wieder ein Friedensgebet in der Thomaskirche statt. Ich habe mit einer Gruppe von Leuten aus dem Kirchenvorstand dann diese Friedensgebete vorbereitet. Unter anderem hatten wir eine Gebetswand, an die die Leute ihre Fürbitten oder ihre Nöte anschreiben konnten. Die haben wir abgenommen und im Friedensgebet vorgelesen.

Ich bin dann am 16. mitgelaufen, zum ersten Mal mit dieser großen Menge.

Das war für mich so das ureigenste wirklich körperlich zu spürende Gefühl von Freiheit. Das war umwerfend.

Man war in dieser Riesenmasse auf dem Ring, man lief auf den Straßenbahnschienen, was man sonst ja nicht durfte, und es hat einen keiner gegängelt, es gab keine Polizei – jedenfalls keine sichtbare. Man hatte diesen Raum für sich und war vereint mit diesen vielen, vielen Menschen, die alle das gleiche wollten.

Das war umwerfend. Man hätte da tanzen können. Das kann man dann gar nicht mehr ausdrücken. Du suchst dir dann irgendwie eine Möglichkeit, das auszudrücken.

Nicht nur entlang latschen.

So ein ähnliches Gefühl habe ich nochmal gehabt am Tag der Einheit, beim Festakt in Berlin. Da war ich aufgrund meiner Singerei im Rundfunkchor, der Leipziger Chor hat an dem Festakt singen dürfen. Das war unglaublich toll da Unter den Linden abends beim Feuerwerk, da habe ich mir wirklich einfach irgendjemanden genommen und bin rumgesprungen und hab getanzt.

Es war irre, Freiheit zu empfinden. Deswegen bin ich auch so glücklich darüber und mag mir das bis heute nicht kaputt reden lassen von den Widrigkeiten, die es ja sicherlich gibt. Ich bin ein zufriedener Mensch. Aber oft wird nur gejammert und alles wird so klein geredet. Das Gefühl von Freiheit hat einfach keinen Wert mehr und das finde ich sehr bedenklich für unsere Gesellschaft, vor allem für uns in den neuen Bundesländern.

Herr Schwabe:

Für mich war der 9. Oktober am bewegendsten.

Nach den Friedensgebeten in der Innenstadt, das war unglaublich. Wir in unserer Gruppe wollten die Leute immer dazu animieren, für ihre Interessen selbst einzustehen und Farbe zu bekennen und auf einmal sind da 70.000 Menschen auf der Straße.

Das war ein unglaubliches Gefühl für uns. Es war toll.

Uns war klar, das ist ein entscheidender Tag – obwohl es eigentlich noch nicht so war, denn Honecker wollte am 16. Oktober noch in Leipzig einmarschieren.

Aber für uns war klar, das können die nicht mehr zurückdrehen.

Hier ist etwas in Bewegung gesetzt worden, was nicht mehr rückgängig zu machen ist.

Es war schon so eine Art von Gefühl, dass man sagt, wir haben gewonnen.

Das ist der entscheidende Tag.

Ich war in der Reformierten Kirche und bin danach zum Nikolaikirchhof gegangen, kurz vor Ende des Friedensgebetes – da war schon alles voller Menschen. Wir haben uns dann aufgeteilt, jeder ist eine andere Strecke gegangen – wir musste ja eine Zahl finden. Wie wussten, die westlichen Medien rufen abends bei unserem Kontakttelefon an und wollen eine Zahl wissen. Ich habe mich durch alle Menschen durchgedrängelt und bin bis zum Bahnhof in der ersten Reihe mitgegangen. Dann habe ich mich an den Rand gestellt und die Leute an mir vorbei ziehen lassen. Ich habe überlegt, wie viele das jetzt sein könnten – alle 10 Meter 100 Leute? Ich war sozusagen mit technischen Fragen beschäftigt. Zu diesem Zeitpunkt konnte ich das ganze Geschehen auch erstmal emotional gar nicht richtig an mich ran lassen. Dann weiß ich noch, dass ich ein Fahrrad dabei hatte. Damit bin ich zur Dresdner Straße, wo zwei Leute von uns am Kontakttelefon saßen. Als die anderen drei, die unterwegs waren noch dazu kamen, haben wir überlegt, welche Zahl wir jetzt durchgeben sollen. Das richtig Emotionale kam erst abends. Da haben wir zusammengesessen und zehn Flaschen Wein gesoffen und gefeiert. Wir haben gesagt, das ist der Durchbruch gewesen. Wenn die nicht einschreiten, wenn 70.000 Leute über den Ring gehen, was wollen die denn dann jetzt noch machen. Das werden nächste Woche doppelt so viele sein. Und es wird einen Mobilisierungseffekt für die ganze DDR haben.

3. Revolution

3.1 Hatte man das Gefühl, man schreibt Geschichte?

Frau Holliter:

Wir haben nicht gewusst, dass das Geschichte wird, was wir machen. Es war ja nicht planmäßig, es war einfach dran, weil es nicht mehr anders ging. Dass es jetzt im Grunde so bedeutungsvoll geworden ist, ist natürlich toll. Für einen selbst ist es toll, dass man sagen kann, man hat auch einen kleinen Teil dazu beitragen können. Das passiert einem auch nicht alle Tage und das ist natürlich etwas Schönes.

Herr Schwabe:

Den Begriff der Revolution hat früher nie jemanden benutzt, ich finde ihn aber berechtigt. Auch wenn wir damals keinen bestimmten Begriff für die Entwicklung benutzt haben, hatten wir das Gefühl, dass da gerade etwas Großes passiert. Wir wussten, wir verändern etwas. Gerade am 9. Oktober haben wir gefühlt, dass das der Tag der Entscheidung war, dass uns jetzt nichts mehr aufhalten konnte.

4. Angst

Frau Hollitzer:

Ich hatte Angst davor, dass es zu Gewalt kommt, mit Schusswaffenanwendung oder mit Verhaftungen und dass man da plötzlich mittendrin wäre. Ich habe, glaube ich, auch nicht wie viele andere an diesem Tag erkannt, dass es jetzt um alles geht.

Dass hier der 9. Oktober zum Tag der Entscheidung wird, wie er dann geworden ist, das habe ich vorher nicht realisiert. Wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich vielleicht auch noch eine andere Motivation gehabt, da mitzugehen.

Ich habe das nicht begriffen – aber die vielen Leute, die hingegangen sind, müssen eben in diese Richtung gedacht haben. Die haben gesagt, wir müssen dabei sein.

Es gab Leute, die ganz bewusst losgezogen sind, die sich von ihren Verwandten und von ihren Kindern verabschiedet haben und in die Kirche noch Schnitten mitgenommen haben, weil sie dachten, sie könnten vielleicht tagelang in der Kirche eingeschlossen sein.

Die Leute sind teilweise aus anderen Städten gekommen, weil sie gesagt haben, wir müssen uns mit Leipzig solidarisieren, wir müssen denen helfen. Es muss schon Leute gegeben haben, die begriffen haben, dass es jetzt auch auf Masse ankommt.

Herr Schwabe:

Wie gesagt, am 7. Oktober wurde zum ersten Mal richtig Gewalt eingesetzt.

Mit Wasserwerfen und Knüppeln haben sie die Leute durch die Straßen gehetzt.

Da war klar, am 9. Oktober wird die Situation eskalieren. Nach dem 7. Oktober und nach den vorangegangenen Montagen wird die Situation eskalieren.

Wir wussten in unserer Gruppe natürlich auch, dass es Probleme geben könnte.

In der ganzen Stadt wurden gezielt Gerüchte gestreut. Angeblich habe man in den Krankenhäusern extra zusätzliche Betten und Blutkonserven bereitgestellt.

Zum größten Teil war das natürlich das Werk der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS.

Unsere Gruppe wurde zum Beispiel gewarnt, im Knast würden sie nur auf uns warten, es wären schon dreistöckige Betten in die Zellen gebaut worden.

Aber es lag gar nicht mehr in unserer Macht, die Entwicklung zu beeinflussen oder gar zu stoppen. Selbst wenn wir gewollt hätten, hätten wir es nicht aufhalten können.

Das war ja eigentlich auch das Gute: Es gab keinen Organisator in dem Sinne, den man festnimmt und dann passiert nichts mehr auf der Straße.

Das Ganze hat eine Eigendynamik entwickelt, die zwar von uns angestoßen wurde, aber am Ende auch von uns nicht mehr beeinflussbar war.

Ich persönlich hatte überhaupt keine Angst. Ich habe noch einen Freund getroffen am 9. Oktober um 14.00 Uhr, der war kreidebleich und erzählte mir diese ganzen Geschichten mit den Blutkonserven usw. Der war richtig ängstlich.

Ich habe gesagt, nein. Ich war zuversichtlich, dass da nichts passiert.

Ich hatte vorher immer viel mehr Angst, als die Stasileute nachts vor meiner Tür standen. Du wusstest nie, ob, wenn du nach Hause kamst, da nicht zwei Leute vor deiner Tür stehen die dich mitnehmen und du dann irgendwo verschwindest.

Aber an diesem Tag nicht. Das kann ich auch gar nicht erklären. Ich habe einfach die Hoffnung und den Mut gehabt, dass an diesem Tag etwas Unglaubliches passiert, weil ich die Montage vorher schon erlebt habe. Dass es immer mehr Leute wurden. Es waren auf einmal 20.000 Leute, dann wieder 10.000 Leute mehr, dann wieder mehr. Das war eine stetige Entwicklung.

5. Gewalt

5.1 Gab es Gewalt von staatlicher Seite?

Frau Hollitzer:

Also die Filmaufnahmen vom 7. Oktober, auf denen man sieht, wie die da den Platz geräumt haben, die dokumentieren eindeutig, dass die Demonstranten völlig friedlich da gestanden haben und die Polizei einfach den Platz abgeräumt hat und da massiv mit Schlägen, Knüppeln, Kinnhaken und Armumdrehen vorgegangen ist. Da gab es vorher keine Provokationen von Seite der Demonstranten. Aber ob es auch sonst nicht mal Situationen gegeben hat, wo sie provoziert haben, das kann ich nicht sagen.

5.2 Waren die Demonstranten immer friedlich?

Herr Schwabe:

Dass die Demonstrationen gewaltfrei bleiben, war für uns das Wichtigste. Am 19. September 1989 war die Nikolaikirche zum Beispiel wieder von Polizeiketten abgesperrt. Da sind wir nach dem Friedensgebet raus aus der Kirche und haben den Polizisten Blumen in die Hand gegeben. Wir wollten einfach zeigen, dass wir keine Ruhestörer sind, wie die Zeitungen schreiben, sondern ganz friedliche Leute. Die Polizisten durften die Blumen natürlich nicht nehmen, also haben wir sie einfach zu ihren Füßen abgelegt. Wir haben uns mit solchen symbolischen Aktionen ein Beispiel genommen an Gandhi und Martin Luther King. Wir haben sozusagen aus der Geschichte gelernt und gesagt, es muss friedlich passieren. Hätten wir es eskalieren lassen, dann hätte der Staat, die Polizei ja einen Grund gehabt dagegen vorzugehen und einzuschreiten. Ich meine, natürlich gab es auch Demonstranten, die den Polizisten die Mützen runter gerissen haben und solche Sachen, aber richtig gewalttätig wurde da niemand. Das ist auch das Wunder – da waren 70.000 Leute auf der Straße und es hätten ja nur 20 ausflippen müssen. Wer weiß, was dann passiert wäre. Das ist eine unbegreifliche Sache. Ich denke aber, ein anderer Grund dafür, dass der Staat nicht eingegriffen hat, war natürlich auch die Masse der Leute. Es gibt ja unterschiedliche Interpretationen, wer dafür verantwortlich war, dass die Polizisten sich zurückgezogen haben.

Wir wissen heute, dass der Polizeichef von Leipzig die Verantwortung hatte. In Berlin, die sind nicht ans Telefon gegangen und haben nicht zurückgerufen. Der Polizeichef wusste, mit dieser Zahl von 70.000 Leuten kann er nichts machen mit seinen Polizeieinheiten – auch wenn eigentlich alles geplant war. Es existierte ein Plan, der genau festlegte, welche Dienst Einheit wo eingesetzt werden würde. In der Leipziger Volkszeitung fand am Vormittag eine Einweisung von Fotografen statt, wo die zu stehen hatten, um die Niederschlagung der Konterrevolution zu dokumentieren. Wenn nicht 70.000 Leute gekommen wären, nur 10.000 oder 15.000, wäre es nach diesem Plan abgelaufen und wir wären alle im Internierungslager gelandet. Es gibt eine Liste vom 9. Oktober, auf der wir alle draufstanden.

5.3 Die Situation in Dresden

Herr Schwabe:

Natürlich lief es nicht überall immer friedlich ab. In Dresden kam es Anfang Oktober ja zu ganz massiven Ausschreitungen. Aber die waren da auch in einer ganz anderen Situation als wir. Da waren die Ausreisezüge, die durch die DDR zurückgeführt worden sind der Anlass. Es war ja Honeckers idiotische Idee, die Leute durch das Land ausreisen zu lassen. Wenn man sich das heute überlegt – das war ja so doof. Ich war an diesem Tag selbst in Dresden und habe das alles miterlebt. Da standen Kampfgruppeneinheiten auf der Prager Straße! Aber das hat unsere Planungen für Leipzig überhaupt nicht beeinflusst. Wir haben das ausgeklammert, weil wir das als eine ganz andere Situation betrachtet haben. Das waren die Ausreiser, die Züge, die hatten nichts mit uns zu tun.

Als in Dresden die ersten Züge mit Flüchtlingen aus Prag eintreffen, stürmen Tausende den Hauptbahnhof. Die DDR hatte zuvor die Grenze zu ČSSR geschlossen und damit auch die Fluchtwege nach Ungarn versperrt. Die Ausreisewilligen reagieren panikartig. Am 4. Oktober belagern über 20.000 Menschen das Bahnhofsgebäude. Daraufhin entschließt sich Hans Modrow, der Dresdner SED-Bezirkschef, den Aufruhr gewaltsam zu stoppen.

6. Die Ziele der Demonstranten

Frau Hollitzer:

Auf die Wiedervereinigung habe ich kaum noch zu hoffen gewagt. Vor allem in der Zeit September, Oktober, da herrschte eine ganz bedrückende Atmosphäre im Land. Man wusste nicht, was mit denen passiert, die dableiben und man wusste nicht, wie das alles überhaupt weitergehen soll. Da fühlte man eine tiefe Resignation.

Dass ich mir die Wiedervereinigung wieder wünschen konnte, das kam mit einem Transparent auf dem stand „Die Mauer muss weg“. Dass sich das einer traute! Wahnsinn! Von da an war die Hoffnung wieder da. Eigentlich seltsam, dass es solche Momente gibt, an denen man es festmachen kann.

Insgesamt entwickelte es sich natürlich Stück für Stück. Man wollte dieses Land loshaben, diese Verhältnisse loshaben, man wollte einfach frei sein, man wollte reden, was man wollte, lesen können, was man wollte.

Und wenn Sie mich fragen, ich wollte auch nicht zwei Stunden freitags beim Fleischer anstehen und zum Schluss nur noch irgendwelches stinkendes Ekelzeugs haben, wollte nicht sonnabends früh beim Bäcker eine Stunde stehen und wollte auch nicht nur zweimal im Jahr nach Bananen stehen und dann viermal die vier verschiedenen Kinder vorschicken, damit man vielleicht noch drei Stück mehr kriegt.

Ich wollte vor allen Dingen tun, was ich wollte, nicht dauernd so gegängelt werden und ich wollte nicht über allem diese Ideologie drüber haben.

Ich habe eine Reise machen dürfen zu meinem Bruder in die Schweiz zu seiner zweiten Hochzeit. Es war, glaube ich um 1970, wo es anfang, dass man in dringenden Familienangelegenheiten so einen Antrag überhaupt stellen durfte. Und das wurde mir gewährt. Ich weiß bis heute nicht, wieso ich als Einziger aus der Familie zu dieser Vergünstigung kam, wo wir doch gerade überhaupt keine Zugeständnisse gemacht hatten. Meine Schwester, deren Kinder bei den Pionieren und der FDJ waren, die alles gemacht haben, die durfte nicht fahren. Und ich durfte. Das war damals für die Familie ganz schlimm. Aber ich kann es nicht ändern, ich durfte.

Und dann habe ich mir vorgenommen in der Schweiz, mich von den äußeren Dingen überhaupt nicht beeindrucken lassen. Ich hab mir gesagt, dass das doch alles gar nicht so wichtig ist. Das habe ich ca. eine Woche lang durchgehalten, dann hat es mich völlig übermannt. Das Warenangebot – ich bin rumgerannt für die Kinder und hab für alle was zum Mitbringen gesucht. Diese herrlichen Sachen. Es war so traumhaft.

Was mich aber bei diesem Aufenthalt in der Schweiz wirklich nachhaltig beeindruckt hat, waren die Gespräche, die im Hause meines Bruders geführt wurden.

Mein Bruder war Professor für Philosophie in Zürich an der Uni, ich habe aus Neugier auch Vorlesungen mitgehört. Da habe ich gemerkt, unglaublich, hier ist ja nicht immer diese Ideologie dabei, hier redet man über ein Thema an sich, nur über dieses Thema. Das fand ich wirklich sehr beeindruckend.

Da fing ich an, immer unzufriedener zu werden. Nachdenken, sich orientieren, sich bilden zu können ohne diese Ideologie überall, das gehört auch mit zu dieser Unzufriedenheit. Es waren nicht nur die Bananen. Aber die Bananen waren es auch. Ich habe ein halbes Jahr, nachdem es Bananen bei uns gab, wirklich immer Bananen gekauft.

Insgesamt glaube ich, dass viele Leute das so gesehen haben wie ich. Es gab zum Beispiel zur Herbstmesse 1989 in der Reformierten Kirche mit Pfarrer Schollmann mal ein Forum, wo darüber diskutiert wurde, wie es weitergehen soll. Der Pfarrer hat dazu gesagt, wir wollen hier nicht erstmal aufräumen und neue Konzepte entwickeln. Der sagte ganz deutlich, wir brauchen keine neuen Rezepte, wir haben das Alte so satt und es gibt doch schon Rezepte, die wir übernehmen können. Da bekam er sehr viel Beifall und ich fand das auch sehr in Ordnung. Ich wollte nicht hier in diesem Land irgendetwas von dieser DDR noch haben und irgendwelche Versuche machen.

Ich glaube, die Leute hatten auch das Gefühl, dass man dann nur die halbe Sache bekommt. Faule Kompromisse. An eine andere Form hat man nicht wirklich geglaubt. Die Wiedervereinigung erschien mir, zumal ich die Mutter drüben hatte, zwei Brüder, und sehr viele Verwandte, als das Erstrebenswertere.

Herr Schwabe:

Mit vielen anderen zusammen, die in den Gruppen aktiv waren, habe ich das Neue Forum in Leipzig mit gegründet.

Eigentlich hatten wir überhaupt keine Ahnung wie man so etwas organisiert. Es ging damit los, dass wir Zettel verteilt haben, auf denen eine Kontaktadresse für das Neue Forum stand. Dort konnten die Leute Informationsmaterial bekommen und sich in Listen einschreiben um Mitglied oder Sympathisant des Neuen Forums zu werden. Das haben wir alles in Privatwohnungen gemacht, Büros oder Schreibkräfte hatten wir ja nicht.

Auf einmal standen dann die Leute Schlange bei mir. Wir haben dann erstmal Adressen gesammelt und je nach Bedarf Regionalzentren gegründet – ich habe das Regionalzentrum Leipzig West geleitet. Dann wurde das erste große Treffen organisiert, bei dem wir überlegen wollten wie es weitergehen soll.

Wir haben versucht, den Leuten zu erklären, dass wir erstmal langsam anfangen und Programme und Strategien erarbeiten müssen. Da stand plötzlich einer auf und sagte, ihr mit eurem Gequatsche, das dauert viel zu lange, wir brauchen sofort die Wiedervereinigung, wir müssen sofort eine Partei gründen und die Macht in diesem Land ergreifen.

Wir waren völlig perplex, wir dachten, was ist das denn jetzt?

Da stand der auch noch auf und sagte, ich löse das Präsidium da vorne jetzt ab, wer ist dafür? Dann hoben alle die Hand, er setzte sich vorne hin und wir waren abgewählt. So war die Entwicklung.

Wir haben also ganz schnell gemerkt, dass wir andere Interessen hatten, als die Masse der Bevölkerung auf der Straße.

Uns ging es nicht um die Abschaffung der DDR, es ging vor allen Dingen um eine Reformierung in diesem Land, wir wollten eine Demokratisierung.

Eine Abschaffung der DDR konnten wir uns auch gar nicht vorstellen.

Ich bin 1962 geboren und hatte auch keine Verwandten im Westen. Im Gegensatz zum Beispiel zu den Menschen der älteren Generation, die immer gehofft haben, dass die Mauer irgendwann wieder verschwindet, war die Mauer für mich immer etwas, das ganz sicher nie in Frage gestellt werden würde.

Klar wussten wir, dass es eine Riesenumwälzung geben wird, wenn der Machtanspruch der SED in Frage gestellt und unterhöhlt wird, indem man Parteien zulässt und indem es Pressefreiheit gibt.

Aber wir wollten diese Veränderung – auch wenn wir nicht wussten, wie die genau aussehen wird.

Wir wollten Strategien erarbeiten, wie es mit diesem Land weitergehen konnte, was man aus dem Sozialismus retten und mit dem Guten aus der Bundesrepublik verbinden könnte, wir wollten eine neue Verfassung erarbeiten.

Aber das wollten die Leute alle nicht mehr hören. Die haben gesagt, wir wollen sofort die Wiedervereinigung. Wir wollen sofort den Wohlstand der Bundesrepublik, wir wollen nicht noch einmal zehn Jahre warten.

Das wurde natürlich von der Bundesrepublik auch noch geschürt

Die haben ja gesagt, euch allen wird es in zehn Jahren besser gehen.

Wir haben da dagegen gehalten. Wir haben gesagt, Leute, denkt doch mal nach!

Welcher Betrieb aus der Bundesrepublik hat denn Interesse Konkurrenz aus dem Osten zu bekommen? Keiner! Dass müsst ihr doch verstehen!

Aber die Leute wollten es nicht verstehen. Die wollten an die blühenden Landschaften glauben, die ihnen die Bundesrepublik versprach – was ja auch irgendwo berechtigt war. Roland Jahn hat mal schön gesagt, es gibt ein Menschenrecht auf Aldi. Ich habe immer gesagt, du hast eine Macke. Aber es ist einfach so.

7. Aus heutiger Sicht

7.1 Würden Sie alles noch einmal genauso machen?

Frau Hollitzer:

Manchmal frage ich mich natürlich, warum war man damals so kleinmütig war.

Aber ich glaube es ist jetzt müßig zu meinen, man hätte anders handeln können.

Natürlich kann man jetzt sagen, man war ideenlos, man war feige, oder man war eben nicht mutig genug. Aber die Situation war eben, wie sie war.

Es kommt natürlich auch auf die eigene Persönlichkeit an. Natürlich würde ich heute gerne sagen, dass ich am 9. Oktober mitgelaufen bin.

Das wäre mir schon wichtig gewesen unter diesen 70.000 gewesen zu sein.

Aber ich muss ehrlich sein und dazu stehen, dass ich in meiner Persönlichkeit einfach ein eher vorsichtiger Mensch bin. Die Angst war einfach stärker.

Vielleicht war sie aber auch mit einer gewissen Verantwortung für die Familie gemischt.

Wenn sie mich dort weggefangen hätten – mein Mann ist fast 15 Jahre älter als ich, war nicht immer gesund und die Familie ohne mich war überhaupt nicht vorstellbar.

Auch das spielt natürlich eine Rolle.

7.2 Sind Sie zufrieden mit dem Ausgang der Ereignisse? Mit der Wiedervereinigung?

Herr Schwabe:

Heute bin ich natürlich froh über den Ausgang der Ereignisse, über die Wiedervereinigung. Es hätte auch gar nicht anders funktionieren können.

Die Leute wären so massenweise abgehauen!

Es gab ja eine Demonstrationen an der Grenze, wo 30.000 Leute symbolisch mit Koffern in den Händen standen. Nach dem Motto, kommt die Wiedervereinigung nicht sofort, dann gehen wir dort hin. Die Bundesrepublik hätte es gar nicht schultern können. Die hätten das Land überrannt und überflutet. Man musste schnell reagieren.

Es gab keine andere Chance

Das sage ich aus heutiger Sicht. Damals habe ich es bedauert.

Aber für die ältere Generation war die Wiedervereinigung nicht immer so positiv.

Meine Mutter zum Beispiel hat ihr Leben lang im Dreischicht-System gearbeitet und ist 1991 plötzlich entlassen worden. Das war ein harter Schlag.

Für meine Mutter war die Arbeit der Lebensinhalt.

Das ist eben auch das Problem heutzutage für viele DDR-Bürger. Für viele war die Arbeit nicht nur die Möglichkeit, Geld zu verdienen, sondern das war ihr Lebensinhalt.

Das ist zwar verrückt, aber deshalb sind auch die Enttäuschungen heute so groß.

Ich sage mal, ich habe das Glück der späten Geburt gehabt – für uns standen alle Wege auf einmal offen. Aber für die, die 20 Jahre älter waren, ist einfach eine Welt zusammengebrochen.

Das ist vielleicht auch der Frust, der heute noch ein bisschen herrscht.

Aber ich sage immer, lasst die, das ist berechtigt. Ich kann es nicht leiden, wenn auf denen rumgehackt wird, so nach dem Motto, das ist alles Ostalgie, und die sehnen die DDR zurück. Diese Leute sind einfach gefrustet, weil sich ihre Lebensverhältnisse vollkommen geändert haben. Das muss man auch verstehen können.

Ich betrachte es auch nicht als eine Gefahr für die Demokratie, dass 40 % der Bevölkerung sich nach der DDR sehnen. Ich glaube, es ist eine normale menschliche Eigenschaft, dass man sich nur an die guten Seiten erinnert, die es angeblich gegeben hat. Ich sage mal, das wächst raus.

Allerdings reagiere ich sehr allergisch, wenn mir ein 16-Jähriger gegenüber steht und von den schönen Seiten des Sozialismus philosophiert. Da kann ich sehr böse werden.

Fazit

Der Besuch in Leipzig und die Gespräche dort haben mich sehr beeindruckt.

Die damaligen Ereignisse zeigen uns, dass es immer möglich ist, etwas zu verändern. Die Zeit muss reif dafür sein, man braucht Menschen mit Zivilcourage, Mut und Visionen und etwas Glück.

Ich finde es faszinierend, wie die Menschen es damals geschafft haben, das System in der DDR zu stürzen – auf friedliche Art und Weise.

Es ist wichtig, dass dieser Teil unserer Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. Deshalb hat ich es mich auch bedrückt, während meiner Arbeit feststellen zu müssen, dass die Wiedervereinigung sowohl in den alten, als auch in den neuen Bundesländern im Bewusstsein der Menschen meist keine große Rolle mehr spielt. Vor allem der jüngeren Generation fehlt oft das nötige Interesse. Dabei hat die Wiedervereinigung das Land, in dem wir leben, ganz entscheidend verändert. Dem Mut der Menschen damals haben wir es zu verdanken, dass wir heute wieder ein Volk sind. Sie sind Vorbilder für uns.